

## Erstattung der notwendigen und tatsächlich angefallenen Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/4791

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, die heute als Erstes zu behandelnden Tagesordnungspunkte haben eines gemeinsam, sie zeichnen ein wirklich desaströses Bild über den politischen Zustand der Regierungskoalition aus CDU und SPD

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

und sie dokumentieren eindrucksvoll einen traurigen Zustand der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Da hilft es nicht, wenn Sie mit dem Kopf schütteln, Herr Dr. Pidde, es ist einfach so. Nicht nur, dass Ihnen offenbar werden sollte, dass Sie Ihre politischen Ziele in einer Koalition mit der CDU nicht durchsetzen können, aber Sie halten trotz möglicher anderer Mehrheiten, und das heute nicht zum ersten Mal, bei einzelnen Sachthemen sich sklavisch an einem Koalitionsvertrag fest, stellen also die formale Regierungsbeteiligung über Inhalte. Und was dazu zum Thema aufrechter Gang zu sagen ist,

*(Beifall DIE LINKE)*

das habe ich gestern schon aus Herrn Kaczmareks Kommentar in der TLZ zitiert. Meine Damen und Herren der SPD, so schafft man Politikverdrossenheit und manifestiert das stetige Ansteigen der großen Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die eben deshalb nicht zur Wahl gehen, weil aus ihrer Sicht die Parteien schon längst nicht mehr nach inhaltlichen Gesichtspunkten, sondern nach machtpolitischem Kalkül entscheiden.

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist Ihre Wahrnehmung, wir haben eine andere.)*

Als ob das alles noch nicht genug sei, verleugnen Sie sich, meine Damen und Herren, und die von Ihnen vertretenen politischen Ziele und erklären dann durch Ihre Flüchtlingsexpertin Frau Kanis, das Erreichte zu gelungenen Kompromissen und zu guter Politik. Aber wie Sie wissen, ist das Gute der Feind des Besseren und das, was uns heute hier vorliegt, ist noch nicht einmal als gut zu bezeichnen.

Zum Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes erklärt die SPD-Landtagsfraktion am vergangenen Freitag, Zitat: „Die Koalitionsfraktionen CDU und SPD haben sich zu asylpolitischen Kernthemen verständigt.“ - Kanis - „Damit haben wir gemeinsam einen wichtigen Schritt zu einer moderneren und menschlicheren Asylpolitik in Thüringen gemacht.“.

*(Beifall CDU)*

Lächerlich, meine Damen und Herren.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Am Mittwoch dieser Woche wurde nun der Kompromiss für eine moderne und menschlichere Asylpolitik zum Flüchtlingsaufnahmegesetz den Mitgliedern des Innenausschusses vorgelegt, der sich auch in der Beschlussfassung des Innenausschusses widerspiegelt. Frau Holbe hat es ja gerade versucht zu erklären. Meine Damen und Herren, von modern oder menschlicher kann dabei aber nun wahrlich keine Rede sein. Hätten Sie die durchgeführte Anhörung des Innenausschusses tatsächlich ernst genommen, dann müsste Ihnen das auch bewusst geworden sein, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen. Aber die schriftlichen Anhörungen, die Sie als Minderheitenrecht nicht verhindern können, wahrscheinlich hätten Sie es sonst getan, und die Kritik, ich spreche hier zunächst für die „Beratung“ im Innenausschuss, will ich in aller Deutlichkeit einmal formulieren - verkommen zum Feigenblatt der Beteiligung, das ohne Wirkung bleibt in diesem Innenausschuss. Sie beschließen eine Anhörung und dann gehen Sie mit keinem Deut in der Debatte im Innenausschuss auf das ein, was von den Anzuhörenden vorgetragen wurde. Das ist tatsächlich nur noch ein Feigenblatt. Eigentlich können Sie das auch lassen und dann wirklich ehrlich sagen, wir wollen überhaupt keine Expertenmeinungen hören, weil wir machen ja sowieso das, was im Koalitionsausschuss beraten wird und nicht das, was inhaltliche Ziele unserer Parteien sind, meine Damen und Herren.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wie ernst Sie die Ausschussberatungen und dazu die Anhörungsbeiträge nehmen, wird eben deutlich, dass Sie sich zur Auswertung im Innenausschuss, zur Auswertung der Anhörungsergebnisse gerade einmal die Zeit einer Sondersitzung kurz vor dem Plenum genommen haben. Am Mittwoch um 12.30 Uhr hat sich der Ausschuss getroffen, um gleich zwei Anhörungen auszuwerten, nämlich nicht nur die zum Flüchtlingsaufnahmegesetz, sondern auch die zum Informationsfreiheitsgesetz. 14.00 Uhr begann die Landtagssitzung, also viel Zeit war da nicht, aber brauchten Sie ja auch nicht.

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Halt halt. Sie hatten doch eine Dreiviertelstunde Zeit, Sie hätten doch noch lange reden können.)*

Herr Fiedler, inhaltlich wurde ja nicht debattiert. Sie haben nicht mal in der Sitzung von sich selbst zur Begründung Ihres Änderungsvorschlags das Wort ergriffen

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: ..., das ist unfair.)*

und sich mit in den Anhörungen geäußerten Kritiken auseinandergesetzt. Und dann haben Sie in dieser Innenausschuss-Sitzung auch mit ganz großer Freude einen nicht anwesenden Abgeordneten zum Berichterstatter gemacht. Aber es macht ja auch nichts, dass er nicht bei der Sitzung dabei gewesen ist, über die er das Plenum und die Öffentlichkeit in Thüringen unterrichten soll. Es gab ja neben der Tatsache, dass getagt wurde, nichts wesentliches Inhaltliches zu berichten. Das einzig Berichtenswerte ist vielleicht der Tanz, den Sie aufgeführt haben, als es um die Fristsetzung für die Anzuhörenden ging, bis wann die Anzuhörenden sich rückmelden sollten. Sie hatten es ja ganz eilig mit der Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung. Warum, hat sich auch in den Innenausschuss-Sitzungen nicht erschlossen, weil Sie, als der eilige Termin herum war, den Tagesordnungspunkt selbst von der Tagesordnung des Innenausschusses genommen haben.

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sie sind doch selbst die Vorsitzende, Sie müssen doch was vorlegen.)*

Aber nun zum Inhalt, meine Damen und Herren. Der Gesetzentwurf der Landesregierung entfristet ein bislang zum 31. Dezember 2012 befristetes Gesetz, ohne, dass es tatsächlich durch das Parlament evaluiert worden ist bzw. ohne, dass die eigentlich vorliegenden Evaluierungsergebnisse in Form der Stellungnahmen der Expertinnen und Experten ernst genommen wurden. Damit entleert die Landesregierung mit ihrem Entwurf und Sie damit, dass Sie dem zustimmen wollen, wiederum die eigentliche Funktion der Befristung von Gesetzen und reduzieren die Entfristung auf einen rein formalen Akt. Es ist aber kein formaler Akt, weil Sie damit ja auch eine inhaltliche Entscheidung treffen.

Sie setzen die aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz in der Vergangenheit resultierende Praxis fort und Sie manifestieren diese, meine Damen und Herren. Noch mal inhaltlich zum Regierungsprogramm der SPD, also dem Programm für den ja tatsächlich eingetretenen Fall einer Regierungsbeteiligung der SPD. Dort hatten Sie geschrieben, Zitat: „Wir garantieren menschenwürdige Standards für die Unterbringung von Asylbewerbern.“ Da stehe nicht drin, wenn es der Koalitionspartner erlaubt, sondern da steht „wir garantieren“. „Wo es möglich ist, sorgen wir für dezentrale Unterkünfte. Die Residenzpflicht weiten wir auf ganz Thüringen aus. Die geltende Gutscheinregelung werden wir überwinden.“ Das garantieren Sie in Ihrem Regierungsprogramm.

*(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Merken Sie eigentlich, dass Sie nur noch Unsinn reden? Tolle Rede.)*

Ähnlich äußerte sich die SPD in dem Wahlprüfstein des Flüchtlingsrats Thüringen e.V., Zitat: „Eine Aufnahme in Gemeinschaftsunterkünften in der ersten Phase des Aufenthalts wird grundsätzlich für sinnvoll angesehen. Nach dieser Anfangsphase müssen allerdings die Bedürfnisse der Flüchtlinge im Vordergrund stehen. Dazu gehört eine Einzelunterbringung.“ Aber Papier ist ja geduldig, nicht, Herr Höhn? Stattdessen setzen Sie eine diskriminierende Unterbringungsform fort

*(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ich freue mich, dass Sie unser Wahlprogramm so schön zitieren können.)*

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jetzt ist es aber gut hier.)*

und erklären das zur moderneren und menschlicheren Asylpolitik.

*(Beifall DIE LINKE)*

Durch Ihre bei der CDU erkämpfte Änderung verändert sich dieses Bild nicht, meine Damen und Herren der SPD. Sie wollen sicherstellen, Frau Holbe hat das ausführlich hier vorgelesen, dass Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsorganisationen im Rahmen ihrer Betreuungs- und Beratungsarbeit Zugang zu den Gemeinschaftsunterkünften ermöglicht werden soll. Dass dies bereits in Artikel 14 Abs. 7 der Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von den Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerberinnen in den Mitgliedstaaten geregelt ist, ist das eine. Das andere ist, dass Sie die Ermöglichung des Betretens der Gemeinschaftsunterkünfte auf die individuelle Beratung und Betreuung beschränken, das sich ohnehin aus dem bestehenden Grundrecht, jederzeit in seiner verfassungsrechtlich geschützten Wohnung Besuch empfangen zu dürfen, was auch für Flüchtlinge gilt, ergibt, dass Sie aber verweigern, dass dieses Besuchs- und Betretungsrecht auch als Kontrollfunktion für die zum Teil menschenunwürdigen Unterbringungssituationen genutzt werden kann. Nein, Frau Kanis,

ein großer Wurf ist Ihnen hierbei nicht gelungen.

Um es ganz deutlich zu sagen, meine Damen und Herren der SPD, Sie halten an den bisher in Thüringen geltenden Unterbringungsstandards fest und diese sind miserabel. Die mehrheitlich in Thüringen praktizierte Unterbringung von Flüchtlingen in einer Gemeinschaftsunterkunft bedeutet in der Regel nicht nur erhebliche Einschränkungen in der Lebensqualität erdulden zu müssen, vielmehr sind durch diese besondere Form der Unterbringung wesentliche Einschränkungen des Grundrechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung die Folge, und nicht zu vergessen die sozialen und gesundheitlichen Folgen, insbesondere auch die entwicklungshemmenden Folgen und Einschränkungen für Kinder. Diese Folgen machen eine Abkehr vom bisherigen System der Unterbringung in Thüringen ganz dringend notwendig, meine Damen und Herren. Unstrittig wird der zeitlich sich verfestigende Anspruch auf eine vollwertige soziokulturelle Integration auch von Menschen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus durch die bisherige Unterbringungspraxis unterlaufen und Sie wollen das fortsetzen, meine Damen und Herren. Das Etikett, mit dem Sie diesen Zustand verdecken wollen, ist durchsichtig und es ist ausgefranst, meine Damen und Herren. Sie verstecken sich, das hat Frau Holbe gerade wieder gemacht genau wie der Innenminister am Mittwoch im Innenausschuss, Sie verstecken sich hinter einer bundesgesetzlichen Regelung im Asylverfahrensgesetz, zitieren diese aber nicht einmal vollständig, Frau Holbe. Ich dachte, ich hätte da genug Nachhilfe gegeben.

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Oh, jetzt haben wir eine neue Oberlehrerin.)*

Ich habe das wer weiß wie oft hier am Pult schon gesagt.

*(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Oberlehrerin.)*

Es gibt in § 53 Asylverfahrensgesetz eben nicht nur diesen einen Satz, sondern auch den Satz 2, den das Flüchtlingsaufnahmegesetz Thüringen verschweigt. An die Damen und Herren der SPD gerichtet -

*(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Endlich mal.)*

endlich mal wieder, Herr Innenausschussvorsitzender -, Sie verstecken sich hinter bundesgesetzlichen Regelungen, aber nur hier im Landtag. In Kreistagen argumentieren Sie ganz anders. Da benutzen Sie die Argumente des Flüchtlingsrats Thüringen beispielsweise, um im Kreistag die desolate Unterbringungssituation anzuprangern, beispielsweise im Kreistag Eichsfeld erst vor einer oder anderthalb Wochen. Wenn dann dort ein CDU-Landrat Ihnen verweigert, im Kreistag darüber reden zu wollen, dann machen Sie eine Pressekonferenz als Kreistagsfraktion der SPD im Eichsfeld, aber hier: nichts mit dieser Politik.

*(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)*

Hier verstecken Sie sich hinter Ihrem Koalitionspartner oder hinter Ihrer Frau Kanis oder hinter der Frau Holbe von der CDU.

*(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ich finde, Sie sollten noch mehr draufschlagen.)*

*(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die einzige Gute steht vorn.)*

Ich finde das ja auch, Herr Fiedler, aber wir sind über 20 Gute in unserer Fraktion und wir haben in dem Fall auch noch die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf unserer Seite,

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

wenn es um eine menschenrechtswürdige Flüchtlingspolitik in Thüringen geht.

*(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: So viele Gute können wir gar nicht aushalten.)*

Meine Damen und Herren, vielleicht wieder weg von gegenseitigen Schuldzuweisungen, sondern zum tatsächlich Inhaltlichen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, Herr Hey.

*(Beifall Abg. Hey, SPD)*

In der Sache des § 1 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes machen Sie auch einfach sachlich ganz nachvollziehbar falsche Politik, beispielsweise eben § 1 hinsichtlich des unterzubringenden Personenkreises. Mit dem vorliegenden Flüchtlingsaufnahmegesetz wollen Sie den Landkreisen und kreisfreien Städten einen landesgesetzlich normierten Handlungsrahmen aufzeigen, der das Bundesgesetz, hinter dem Sie sich ja eigentlich verstecken, zum Nachteil der Flüchtlinge eben noch ganz drastisch einschränkt. Und wenn Sie mal inhaltlich mit uns diskutiert hätten im Innenausschuss, Herr Ausschussvorsitzender, dann hätte Ihnen das auch auffallen können.

In § 2 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes heißt es, die Landkreise und Kreisfreien Städte sollen die in § 1 genannten Personen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften unterbringen. Im Asylverfahrensgesetz dagegen heißt es vollständig: „Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.“ Und nun der Satz, den Sie immer verschweigen: „Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch die Belange des Ausländers zu berücksichtigen.“

*(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Hört, hört.)*

Die Weglassung der Abwägungsklausel ist für jeden Nichtjuristen und jede Nichtjuristin einfach durchschaubar und die Folgen sind in Thüringen bekannt und die hätten Sie auch nachlesen können in einigen der Stellungnahmen im Anhörungsverfahren. Der Verweis auf die bundesgesetzliche Regelung geht vor allem auch fehl, weil das Asylverfahrensgesetz eine Vorschrift zur Unterbringung einzig und allein für Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben - also Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsgestattung - trifft. In § 1, auf den sich der § 2 Abs. 1 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes bezieht, wird aber ein sehr viel größerer Kreis an Personen in die zurechtgestutzte Regelunterbringungsvorschrift gefasst. Darunter zum Beispiel auch Inhaberinnen einer Aufenthaltserlaubnis. Für diese Menschen gibt es aber bundesrechtlich keine Vorgaben zur Unterbringung. Sie schaffen hier eine eigenständige diskriminierende Regelung, die sich eben nicht dadurch rechtfertigen lässt, dass sie aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben nicht anders zu regeln wäre. Sie haben sich das selber ausgedacht

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

bzw. die Landesregierung und dann müssen Sie eben auch ganz deutlich sagen, warum Sie viel mehr Menschen unter solche diskriminierende Vorgaben pressen wollen, als

Bundesrecht es vorschreibt, Frau Holbe. Und hätten Sie die Anhörungsbeiträge aufmerksam gelesen oder wären Ihnen diese irgendwie wichtig gewesen, dann hätten Sie sich genau mit dieser Fragestellung beschäftigen müssen. Sie sind, und da muss ich mich wieder an die SPD-Fraktion wenden,

*(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Wir wollen es doch jetzt endlich mal wissen.)*

in der Verantwortung und wir werden Sie daran messen, wie Sie diese heute in der Abstimmung wahrnehmen. Herr Hey, Sie machen es einfach nicht besser dadurch, dass Sie sich hier darüber lustig machen, dass ich mich ständig an Sie wende. Denken Sie doch mal als Innenausschussvorsitzender inhaltlich darüber nach und hören Sie auf, das hier ins Lächerliche zu ziehen,

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

weil es tatsächlich eher traurig ist.

*(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Sie machen es lächerlich, und das ist peinlich, Frau Berninger.)*

Es gibt keinerlei Anlass, keinerlei rechtliche oder tatsächliche Notwendigkeit, den Personenkreis in § 1 derartig weit zu fassen wie bisher und diesen sogar noch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung zu erweitern. Die Übertragung des nach Asylbewerberleistungsgesetz Leistungsberechtigten ist politisch motiviert, keinesfalls aber sachlich oder gar rechtlich begründet, das sollten Sie auch ehrlich zugeben. Die rechtlichen Mängel und tatsächlichen Unzulänglichkeiten des bisher geltenden Gesetzes, dass Sie ohne tatsächliche Verbesserung als auch in der Zukunft geltend heute beschließen wollen, hat Ihnen der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. sehr ausführlich bereits 2008 und wiederholt auch noch mal jetzt in der schriftlichen Anhörung dargestellt und begründet und ich finde es auch recht einfach beschrieben. Also man kann, wenn man möchte, es auch wirklich verstehen, was der Flüchtlingsrat Thüringen da sachlich ausführt. Es ist nicht so, dass das zu kompliziert geschrieben wäre, als dass man es nicht verstehen könnte.

Meine Damen und Herren, es ist ja auch nicht so, dass Ihnen keine Alternative für eine tatsächlich moderne und menschlichere Flüchtlings- und Aufnahmepolitik vorläge. Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE ist eine Alternative und er trägt genau dem Rechnung, was eine Vielzahl von Anzuhörenden nicht erst in dieser Anhörung, sondern schon seit Jahren vorträgt und auch jetzt in der Anhörung wieder vorgetragen hat.

*(Beifall DIE LINKE)*

Die LIGA der freien Wohlfahrtspflege beispielsweise begrüßt den Gesetzentwurf meiner Fraktion, da er eine gute Basis darstellt für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen bzw. Asylbewerberinnen. Das Katholische Büro Erfurt beispielsweise unterstützt die verbindlichere Regelung der Einzelunterbringung nach mehr als zwölf Monaten Aufenthaltsdauer; das Katholische Büro begrüßt die verbindlichere Fixierung der Standards der Unterbringung ebenso wie eine einheitliche Regelung des Leistungsbezugs als Geldleistung. Die Evangelische Kirche, das war eine der kürzesten Stellungnahmen, die wir bekommen haben, hält am Grundsatz fest, dass die Unterbringung in Wohnraum vorzugswürdig ist.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Diese Stellungnahme hat mir am allerbesten gefallen. Das waren vielleicht drei Sätze und alles gesagt, was zu sagen ist zum Gesetzentwurf der Landesregierung und dem der LINKEN.

*(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen.)*

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. begrüßt den von der Fraktion DIE LINKE vorgeschlagenen Entwurf zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, da damit eine Grundlage für eine an humanitären Grundsätzen orientierte Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Thüringen geschaffen werden kann. Alles Dinge, die ich mir übrigens in der Berichterstattung des Berichterstatters gewünscht hätte,

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

denn es ist ja nicht nur Sinn und Zweck der Berichterstattung, dass man sagt, der Landtag hat ein Gesetz in einen Ausschuss überwiesen und dort hat es zwei Termine gegeben, sondern Sinn und Zweck der Berichterstattung ist ja auch, die wesentlichen Kernpunkte der inhaltlichen Debatte und der Stellungnahmen wiederzugeben. Aber wenn man einen Berichterstatter wählt, der in der „Debatte“ gar nicht da war, dann muss man sich da auch nicht wundern.

Mit dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE werden folgende Problem gelöst und im Interesse einer humanitären Aufnahmepolitik neu geregelt, einmal die Herausnahme sämtlicher Personengruppen, für die keinerlei rechtliche Notwendigkeit besteht, spezielle Normen zur Unterbringung zu erlassen, insbesondere nicht für Inhaberinnen einer Aufenthaltserlaubnis, die regelmäßig von einer Verfestigung ihres Aufenthaltsstatus ausgehen können. Weiterhin gelöst wird durch den Gesetzentwurf der LINKEN die verbindlichere Ausgestaltung der menschenwürdigen Unterbringung in Wohnungen für Inhaberinnen einer Aufenthaltsgestattung vor dem Hintergrund einer verfassungsrechtlich gebotenen Auslegung des § 53 Asylverfahrensgesetz.

Die Schaffung von Wohnformen des betreuten Wohnens mit eindeutigen und menschenwürdigen Unterbringungsstandards für Menschen, für die aufgrund eines notwendigen und begründeten individuellen Betreuungsbedarfs Einzelunterbringung eben nicht oder nur nachrangig infrage kommt und deren Einverständnis vorliegt. Gelöst wird die Verteilung der unterzubringenden Asylsuchenden auf Landkreise und kreisfreie Städte nicht nach einem rein quantitativen Schlüssel, sondern unter Berücksichtigung soziokultureller und privater Belange und unter Berücksichtigung auch örtlicher Verhältnisse. Gelöst wird die Fixierung der Art der Leistungsgewährung an Flüchtlinge in Form von Bargeld in verfassungskonformer Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Dann müssen wir uns auch nicht wieder eine Aktuelle Stunde, mal lax gesagt, um die Ohren schlagen, bloß, weil zwei Landkreise an der rassistischen und diskriminierenden Leistungsgewährung in Form von Wertgutscheinen festhalten. Im Übrigen muss ich da einfach, Frau Holbe, Ihnen noch einmal Nachhilfe empfehlen. Schauen Sie noch einmal nach, was der Unterschied zwischen Sachleistungen und Wertgutscheinen ist, Frau Holbe.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Und der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE regelt auch das Kostendeckungsprinzip

bei der Erstattung an Landkreise und kreisfreie Städte für die übertragene Aufgabe, damit finanzielle oder haushalterische nicht zum Kriterium der Art und Qualität der Aufnahmebedingungen werden. Zum letztgenannten Punkt liegt Ihnen ja auch extra noch ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussfassung vor, der sich erledigen würde, stimmten Sie unserem Gesetzentwurf zu.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung ist heute relativ einfach, Sie haben die Wahl zwischen einem Gesetzentwurf, der die diskriminierende Unterbringungssituation für Flüchtlinge in Thüringen fortsetzt, und die Wahl, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der tatsächlich eine Grundlage für eine moderne und menschlichere Asylpolitik schafft. Und gerade Letzteres sollte genug inhaltliches Gewicht haben, um rein machtpolitische Erwägungen und die inhaltslose Sorge um den Koalitionsfrieden zu verdrängen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*